

SPD- Fraktion im Rathaus

Ute Schlösser, Fraktionssprecherin

Herrn Ortsbürgermeister
Erwin Owtscharenko
Rathaus

Eilantrag zur Sitzung des Gemeinderates am 28.01.2010
„Kiesabbau im Büdesheimer Wald“

Sehr geehrte Herr Ortsbürgermeister,

Weiler, den 28.1.2010

hiermit stellen wir den Antrag, der Gemeinderat möge auf seiner Sitzung am 28.01. das nachfolgend beschriebene Anliegen beschließen.

Antrag

Die SPD Fraktion beantragt, dass auch die Ortsgemeinde Weiler, als Anrainergemeinde, in Solidarität mit den Ortsgemeinden Dorsheim, Münster-Sarmsheim, Rümmelsheim und Waldalgesheim sowie mit den Verbandsgemeinden Langenlonsheim und Rhein-Nahe eine Erweiterung der Kiesabbauflächen in den Büdesheimer Wald hinein zum derzeitigen Zeitpunkt und auch auf der Grundlage des aktuellen Kenntnisstandes ablehnt. Die Forderung an die Stadt Bingen, von einem Flächentausch derzeit Abstand zu nehmen, wird ebenfalls unterstützt.

Weiter beantragen wir, dass sich die Ortsgemeinde Weiler, als Anrainergemeinde, in das laufende oder in ein neues Mediationsverfahren einbringt, um schädliche Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger unserer Ortsgemeinde zu vermeiden.

Begründung

Wenn neue Flächen für den Kiesabbau ausgewiesen werden sollen, muss vorher ein Umweltverträglichkeitsgutachten und ein geologisches Gutachten eingeholt werden und die betroffenen Gemeinden, so auch Weiler, umfassend einbezogen und beteiligt werden.

Der Wald als Schutzfaktor (Biotop- /Artenschutz, Wasserhaushalt, Mikroklima, Windschutz, Auswirkungen auf Weinberge und Naherholungsgebiet) und die zu befürchteten Randschäden sollten im Grunde einer Erweiterung der Kiesabbauflächen in den für die gesamte Region wertvollen Waldflächen des Büdesheimer Waldes entgegen stehen.

Zu dem ist zu befürchten, dass ein erhöhter Schwerlastverkehr auch durch Weiler führt und die Anlieger der Stromberger Straße noch zusätzlicher Lärm- und Schadstoffbelastung ausgesetzt werden. Ihre Belastungsgrenze ist bereits erreicht.

Vor diesem Hintergrund erhoffen wir uns einen einstimmigen Ratsbeschluss.

Für die SPD-Fraktion

Ute Schlösser